

Absender:

Bundesministerium des Innern,
für Bau und Heimat
Alt-Moabit 140
10557 Berlin
z. Hd.: Herrn Bundesminister Seehofer

Sehr geehrter Herr Bundesminister Seehofer,

es ist durchaus zu begrüßen, dass das Innenministerium in der Vergangenheit gegen rechts- wie linksextremistische Internetplattformen wie „Altermedia“ oder „linksunten.indymedia“ vorgegangen ist und klarstellte, dass das Auffordern und Billigen von Straftaten im Internet nicht folgenlos blieb.

Dennoch bleibt es unverständlich, dass das linksextremistische Internetportal „linksunten.indymedia“ unter der Marke der deutlich umfangreicheren Seite „Indymedia“ (<https://de.indymedia.org/>) nahtlos weiterbetrieben werden kann. Mittlerweile sind sogar die Inhalte des verbotenen Vereins „linksunten“ auf „Indymedia“ als Archiv vollständig veröffentlicht worden.

Dieselben menschenverachtenden Inhalte, welche zum Verbot von „linksunten“ geführt hatten, finden sich auch bei „Indymedia“. Unter anderem wird regelmäßig zu Gewalt gegen Polizisten, Politiker und auch Privatpersonen aufgerufen, sowie Angriffe auf diese in Bekennerschreiben gefeiert. „Indymedia“ ist aufgrund der Inhalte eindeutig verfassungsfeindlich und extremistisch sowie zweifellos die Ersatzorganisation für „linksunten“. Ein zentraler Rechtsgrundsatz des deutschen Rechtes sieht vor, dass wesentlich gleiche Dinge nicht ungleich behandelt werden dürfen. „linksunten.indymedia“, „indymedia“ und „Altermedia“ sind wesentlich gleiche Plattformen für Hass und kriminelle Aktivitäten, sowie deren Lobpreisungen und sollten daher auch alle gleich behandelt werden.

Ich fordere Sie daher auf, konsequent gegen Extremismus vorzugehen und die Plattform zu schließen. Ein Verbot von „Indymedia“ ist das Gebot der Stunde und ein notwendiges Zeichen unserer wehrhaften Demokratie gegen verfassungsfeindliche Bestrebungen. Über eine Stellungnahme Ihres Hauses würde ich mich sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen